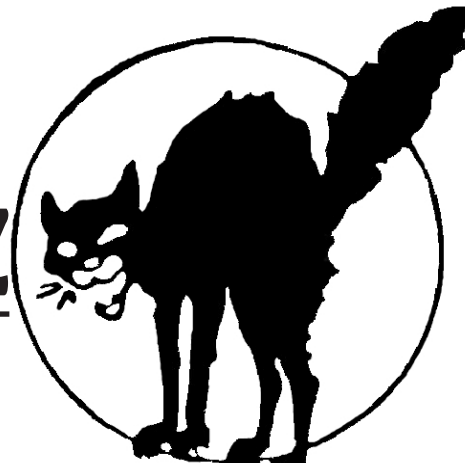


# di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter\_innen Union in der Schweiz



## Zurück in die Normalität?

Eine zweite Welle wurde schon lange vorhergesagt. Die Stärke und Schnelligkeit in der Schweiz überraschte jedoch viele. Einiges hat sich seit der ersten Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 und seiner Krankheit COVID-19 in der Schweiz verändert. Leider längst nicht alles zum Besseren.



Aktion für bessere Arbeitsbedingungen bei der Erzgebirgsklinik (Sachsen)

Mehr als ein halbes Jahr ist vergangen, die Forschung zum Virus läuft auf Hochtouren. Auch die Behandlungsmethoden haben sich verbessert. Ein weiterer massiver Patzer wurde behoben: Schutzmaterial ist nun endlich in grossen Massen verfügbar. Denn trotz Pandemieplan wurden die Lager an Schutzmaterial zuvor nie aufgebaut. Der Bund hatte dies an Kantone und Wirtschaft delegiert, beide schissen auf die Empfehlungen. Es gibt inzwischen eine gewisse Routine mit Einschränkungen und Massnahmen, was jedoch nicht nur positiv ist. Die etwas übertriebene Vorsicht anfangs Jahr ist mittlerweile einem zu lockeren Umgang mit dem Virus gewichen.

### Der Staat ist wieder mehr auf Kosten statt Leben bedacht

Der anfängliche Schockzustand der Schweizer Regierung sorgte für einen Geldregen. Um die Akzeptanz der Massnahmen wie z.B. des Shutdowns zu steigern, wurden riesige Hilfspakete geschnürt. Doch schon nach kurzer Zeit lösten sich diese zu einem grossen Teil wieder auf. War anfangs eindeutig der Schutz vieler eine Priorität – nachdem mensch die verheerenden Folgen im Nachbarland Italien gesehen hatte – so drängte sich wieder der finanzielle Gedanke in den Vordergrund. An Massnahmen wurde nur gerade ergriffen, was keine Ausfallentschädigungen nach sich zog.

(weiter auf Seite 2)

Winter 20/21

Nr. 67 12. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

### In dieser Ausgabe

Gastro: 100% Verarsche 5

Wieviel vom Lohn sind die versprochenen 100% Kurzarbeitsentschädigung genau?

Ein essenzieller Streik 6

Interview mit einem Logistikarbeiter bei Amazon in Piacenza

Weichen des Protests 8

Wie steht es um die Proteste in Weissrussland? Und wie ordnet die Linke im „Westen“ die Proteste ein? Eine Analyse

Libertatia wieder aufbauen! 10

Ein anarchistisches Zentrum in Griechenland wird allen Widrigkeiten zum Trotz wieder aufgebaut

### Rubriken

FAU-News 3  
Kultur 11  
Rechtliches 12

## Editorial

*Versteckt in den sinkenden Zahlen der zweiten Welle steigen die Ansteckungsraten bereits wieder an. Die neuen Virusvarianten sind im Kommen. Die sinkenden Fallzahlen könnten sich bald ins Gegenteil verkehren. Und die befürchtete Wirtschaftskrise ist längst Realität geworden.*

*Trotzdem hat die Regierung immer noch Angst, die Wirtschaft abzuwürgen, und die bereits mangelhaften Unterstützungsangebote werden abgebaut oder entpuppen sich als Farce, wie die höhere Kurzarbeitsentschädigung in der Gastronomie. In einem Punkt ist die Schweiz also wieder in der Normalität angekommen: Die Regierung ist wieder im bürgerlichen Courant normal und versucht, alles wegzusparen, was nur möglich ist. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn ihr niemand auf die Finger klopft.*

*Gleichzeitig bewegt sich etwas in der Gewerkschaftswelt. Die Arbeiter\*innen im Gesundheitswesen haben die Pandemie vor allem getragen. Und das trotz jahrelangem ideologisch motiviertem Sparkurs. Hoffen wir, dass uns eine dritte Welle erspart bleibt und dass diejenigen, die unter Long Covid leiden, bald gesund werden.*

*Dass die Arbeiter\*innen anderswo die Angriffe der Mächtigen und Reichen nicht einfach so hinnahmen, zeigt ein Interview mit einem Amazon-Arbeiter aus Piacenza (erster Teil ab Seite 7).*

*Und dass wir allen Widrigkeiten zum Trotz an einer besseren Welt arbeiten können, zeigt das Beispiel des anarchistischen Zentrums Libertatia in Thessaloniki, das sich mitten in der Pandemie daran macht, wie ein Phönix der Asche zu entstehen.*

*Bleiben wir guten Mutes, die Pandemie werden wir bald hinter uns lassen – arbeiten wir also gemeinsam daran, dass die Welt nachher angenehmer, besser und schöner wird als die Welt BC (before Corona).*

*Solidarisch  
eure Fauistas*

## Normalität?

(von Seite 1)

Am Besten sah man dies an den Kurzarbeitsgeldern und -ansprüchen. Im März wurden die Voraussetzungen für die Kurzarbeit – eigentlich ein Mittel, um Entlassungen in krisengebeutelten Industrien zu vermindern – massiv runter geschraubt. Somit konnte schnell Geld fliessen. Nach und nach wurde die Schraube jedoch wieder stärker angezogen. Im September flogen dann Arbeiter\*innen auf Abruf aus der Kurzarbeit heraus – nur um jetzt in der zweiten Welle nachträglich wieder reingenommen zu werden. Gerade in der Gastronomie ist die Arbeit auf Abruf ein weit verbreitetes Phänomen. Dies liegt auch an den Schwankungen, wie sich die Arbeit über das Jahr verteilt. Der L-Gesamtarbeitsvertrag sieht keine Pflicht zu verein-

den grosszügig verteilt. In den ersten Wochen war es ersichtlich, dass die Epidemiolog\*innen eine starke Stimme hatten, das Debakel des überlasteten Bergamo half da kräftig mit. Erst nach ein paar Wochen und ein paar Milliarden an Hilfen kam das bürgerliche Gewissen wieder hervor und versuchte schnell zurückzukrebsen. Als Mitte Oktober die Zahlen sprunghaft anstiegen, wartete der Bund nochmals zu. Es gibt sicherlich viele Gründe dafür, doch einer davon ist zweifelsfrei die Haftung: Der vom Bundesrat gelobte Föderalismus ist auch ein Feigenblatt dafür, dass der Bund keine Einschränkungen aussprechen muss, und damit auch nicht für die Folgen haften muss. Bund und Kantone befinden sich auf einer Gratwanderung zwischen Allgemeinwohl und dem Woh-



Bei der Nachbarschaftshilfe im Stadtteil IV engagierten sich unter anderem Mitglieder der FAU.

barten Stunden vor, lässt also diese Lücke ausdrücklich und absichtlich offen. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass es über die Monate verteilt Pensumsschwankungen von 20% gibt und diese Arbeiter\*innen aus der Kurzarbeit herausgeflogen wären. Erst Ende Oktober entschied sich der Bundesrat, sie wieder in die Kurzarbeit aufzunehmen.

### Staat und Kantone versuchen zu knausern

Im März richtete der Bundesrat noch mit grosser Kelle an. Hilfgelder wur-

le der Wirtschaftseliten. Immer öfter fallen sie dabei auf die Seite der Wirtschaftsinteressen.

### Neue Krankheit, alte Probleme

Das Erstarken der sogenannten „Corona-Rebell\*innen“ ist nicht zufällig. Es ist zu einfach, zu sagen, dass dieser wild zusammengewürfelte Haufen nur aus Esoteriker\*innen und Nazis bestehe, auch wenn diese zwei Gruppen massiven Zulauf haben. Die Verschwörungstheore-

(Fortsetzung auf Seite 4)

# FAU-News

## Viel mehr Fälle

Seit dem Dezember bekommt die FAU mehr Anfragen für Beratung und Unterstützung. Es geht um nicht bezahlte Probearbeit, um mehrere Monate nicht bezahlte Löhne, um Nullstundenverträge, nicht bezahlte Arbeitszeit und um Entlassungen während Krankheit. Vieles betrifft Arbeiter\*innen mit kleinen Pensen, unsicheren Verträgen und tiefen Löhnen. Aber nicht nur.

Diese Zunahme bedeutet für uns vor allem eins: Das Klima in der Arbeitswelt wird rauher, da die Bosse um ihre Gewinne fürchten – oder auch ihre Existenzen bedroht sind. Und dies wiederum zeigt, dass die Massnahmen der Politik völlig verfehlt sind: Milliarden wurden an der Börse verheizt, Immobilienfirmen durften weiter ungehemmt die Mieter\*innen schröpfen (das Parlament hat sogar noch eine Beschränkung der Mieten abgeschafft) und diejenigen, die am wenigsten hatten und jetzt gar nichts mehr haben, die sollen selber schauen.

## GV und Struktur

Die FAU wächst. Da sich dies nicht nur in Mitgliederzahlen, sondern auch in der re-



gionalen Verteilung ausdrückt, müssen die theoretischen Überlegungen zu föderalen Strukturen in die Praxis umgesetzt werden. Da wir dies nicht zentralistisch von Bern aus machen möchten, organisieren wir seit längerem Regionaltreffen. Zu diesem Zeitpunkt fanden bereits solche Treffen in Zürich, St. Gallen und Bern statt. Die französischsprachige Region Jura/Bienne/Neuchâtel folgt in den kommenden Wochen. Die Generalversammlung ist nun für April oder Mai geplant.

## Aktiv werden?

„Die Gewerkschaft bist du“ ist ein alter Slogan aus der Arbeiter\*innenbewegung.

Die FAU als Basisgewerkschaft funktioniert aber tatsächlich nach diesem Motto. Wir haben keinen Apparat von wohlgenährten Funktionär\*innen, welche von den Mitgliederbeiträgen leben; die Gewerkschaftsarbeit erledigen wir neben der Lohnarbeit.

Die FAU wird deswegen umso stärker, je mehr Mitglieder aktiv mitmachen.

Wenn du dich gerne einbringen möchtest, schreib uns ein Mail oder einen Brief (im Moment gehen physische Treffen leider nicht) oder melde dich über Instagram oder Facebook. Vor- oder Fachwissen brauchst du nicht, wir bringen uns das nötige Wissen gegenseitig bei. Wir freuen uns auf dich!

## Auf sie mit Gebell!

Draussen herrscht Lockdown und Schnee wechselt sich mit Regen ab, also schaue ich mal wieder nach, was Netflix sich so Neues ausgedacht hat. Damit eines vorneweg klar ist: Ich weide mich manchmal am menschlichen Elend in Form von Reality-TV und ich schäme mich gebührend dafür. Deshalb blieb ich an



Während acht 50-minütigen Folgen schaute ich also zu, wie reiche Asiat\*innen in Los Angeles komplett schamfrei Beschäftigungen nachgehen, welche die meisten Zuschauenden bestenfalls perplex lassen. Obwohl natürlich die meisten geerbt haben, sollen sie auch alle eine Arbeit haben, doch ausser bei einer Botoxparty in einer Schönheitskli-

Was für ein passender Abschluss für diese komplett missglückte Serie. Denn natürlich geht es bei „Bling Empire“ wie so oft darum, uns aufzuzeigen, wie toll Reichsein ist, wie wir diese Menschen bewundern sollen und was wir alles haben könnten, wenn wir uns nur ein wenig anstrengten (weil Chancengleichheit ja ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist). Doch die gezeigten Szenen sind so absurd, dass wohl kein normaldenkender Mensch Lust empfinden kann, so zu enden. Eigentlich sollte „Bling Empire“ in allen Schulen gezeigt werden, als abschreckendes Beispiel dafür, was Reichsein mit einem anstellt. Einziger Wermutstropfen: Die Produzent\*innen konnten es nicht lassen, den einzigen „Armen“ der Serie, Kevin, als weniger intelligent als die anderen Protagonist\*innen hinzustellen. Denn wäre er genauso intelligent, wäre er ja auch genauso reich, nicht wahr?

der neuen Netflix-Serie „Bling Empire“ hängen, habe mir alle Folgen reingezogen und – beim Barte Bakunins – ich weiss nicht, wen ich jetzt mehr hassen soll: mich selbst, die ich mir (vom Glitzer angezogen wie eine Elster) das antat, oder die Protagonist\*innen der Serie.

nik sehen wir davon nichts. Dann gibt es da noch Kevin, der Model ist und als einziger der Gruppe kein Geld hat. Er gibt uns zum Abschluss der Serie den tiefsinnigen Rat: „Wenn ihr schon nicht reich seid, dann sucht euch wenigstens Freunde, die es sind.“

**Klassenhussy**

## Normalität?

(von Seite 2)

tiker\*innen nähren sich an den Existenzängsten vieler und treffen auf fruchtbaren Boden. Denn es gibt durchaus berechtigte Kritik daran, wie die Krise bisher gehandhabt und vor allem kommuniziert wurde. Beispiel: Wer nach Asien schaut, einer pandemieerprobten Region, sieht den alltäglichen Gebrauch von Masken. Die Regierung lehnte dies im März noch strikte ab. Nun gilt auch hier eine gross angelegte Maskenpflicht. Der Grund für die Kehrtwende ist recht simpel: Im März hatte es kaum Masken für das Gesundheitspersonal, wenn Private diese Masken dann auch noch aufgekauft und gehamstert hätten, dann wäre nichts übrig geblieben für das Gesundheitspersonal. Solche verlogene Kommunikation ist gefundenes Fressen für die Verschwörungstheoretiker\*innen.

Die Krise schuf wenig neue Probleme, sondern verstärkte nur die alten. In den USA zum Beispiel haben Schwarze eine fünfmal höhere Wahrscheinlichkeit, an Covid-19 zu sterben. Nicht etwa aufgrund genetischer Unterschiede – welche es schlichtweg nicht gibt –, sondern aufgrund der sozialen Benachteiligung durch Rassismus und Klassengesellschaft. Viele Vorerkrankungen, die ein Risiko darstellen, hängen direkt mit Armut, insbesondere einer schlechteren Gesundheitsversorgung, und beschissenen Arbeitsbedingungen zusammen. COVID-19 ist eine Krankheit, die entlang unserer gesellschaftlichen Struktur verläuft. Nicht nur Alte sterben eher an der Krankheit, sondern auch Arme und an den Rand Gedrängte. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nebeneffekte der Pandemie treffen diese nochmals extremer. Menschen am Rande der Gesellschaft wurden entweder – wie z.B. Sans-Papiers – gar nie in die Auffangmassnahmen aufgenommen, oder wurden sehr schnell wieder hinausgetreten. Asylbewerber\*innen werden immer noch in Auffangzentren eingepfercht, wo das Virus sich schnell und ungezügelt verbreiten kann.

## Überforderte Ämter

Die Arbeitslosenkassen sind heillos überfordert, da sie sich nun einerseits wieder

mit gestiegener Kurzarbeit rumschlagen müssen, und es gleichzeitig einen sprunghaften Anstieg an Arbeitslosen gibt. Doch wie so oft scheisst die Regierung auf die Arbeitslosen. Unerbittlich halten die Ämter an den Eingabefristen und der Papierflut fest, obschon die Betreuer\*innen keine Zeit mehr haben, den Menschen den äusserst anspruchsvollen Papierkram zu erklären. Das Ergebnis sind Einstelltage, Frust und existenzielle Bedrohungen. Die Sesseletage versucht nun bereits Gelder einzusparen und lässt sämtliche Kulanz vermissen in diesen schwierigen Zeiten.<sup>1</sup>

Wir sind nach einer ausserordentlichen Lage wieder in einer gesellschaftlichen Normalität angelangt und die Regierung ist wieder zurück auf Feld 1: Die Leute sind wieder auf sich alleine gestellt. Die vom Bundesrat beschworene Einheit und Solidarität verkommt zur Farce. Wer bezahlt denn die solidarische Selbstisolation: niemand. Arbeiter\*innen bleiben



auf ihren Lohnausfällen sitzen. Warum finanziert das Parlament ein milliardenschweres Hilfspaket für die Flugbranche, weigert sich aber, den beklatschten Held\*innen im Gesundheitsbereich eine finanzielle Entschädigung zu zahlen? Wer sich den Zustand der essenziellen Berufe ansieht, merkt, dass die „Soli-

<sup>1</sup> Grossartig war auch, dass im Lockdown der Bundesrat beschloss, dass vorerst keine Arbeitsbemühungen eingereicht werden müssten. Dies kommunizierten sie so schwammig, dass der Eindruck entstand, es müssten keine Arbeitsbemühungen mehr gemacht werden, faktisch mussten die jedoch einfach später als sonst eingereicht werden.

darität und Dankbarkeit“ der Regierung keinen Rappen wert ist.

## Was jetzt?

Mit dem Rückgang an Unterstützung durch die Regierung gewinnen die NGOs und die solidarischen Hilfsprojekte weiter an Bedeutung. Viele Projekte übernehmen jetzt zum Teil schon Aufgaben des „Service Public“, die der zunehmend privatisierte Staat nicht mehr leisten will oder noch nie geleistet hat. Jede solche Krise birgt für die revolutionäre Linke eigentlich eine massive Chance, da das Geflecht aus Staat und Kapital erneut sein Scheitern und Egoismus zeigt. Im Unterschied zum Staat müssen wir nun nicht nur grosse Worte von uns geben, sondern auch konkrete Taten folgen lassen. Der Staat sprach viel von Solidarität und liess uns dann im Stich. Wir sollten nicht den gleichen Fehler machen. Wir sollten uns vom Gedanken verabschieden, dass grosse und plötzliche Schritte etwas verändern werden. Anfangen muss es im Kleinen: Von Unterstützung in Einzelfällen über grössere Arbeitskämpfe hin zu einer Bewegung von unten. Gleichzeitig sollten wir die Unzufriedenheit mit der Situation abfangen. Denn momentan kanalisiert sich diese in den Verschwörungstheorien und dem sichtbarsten – wenn auch falschen – „Widerstand“ gegen die Regierung in Form der Corona-Rebell\*innen. Dabei geht es nicht darum, die Bewegung zu unterwandern, sondern Leute aus dieser rauszuholen – mit einer berechtigten und anti-autoritären Kritik.

## Klassenkampf heisst auch Care-Arbeit

Unterstützung in Arbeitskämpfen ist nicht einfach eine Paragrafenreiterei. Solide Arbeit in diesem Feld heisst auch, den Leuten zuzuhören. Viele Menschen mit Arbeitsproblemen fühlen sich isoliert und werden von Ämtern oder ihren Chef\*innen verarscht oder ausgebeutet. Solidarität heisst also auch, zu jenen zu schauen, die unter dem psychischen Druck zusammenzubrechen drohen.

FAT

# Gastro: 100% Verarsche

Seit März kämpfen viele aus der Gastronomie mit massiven Lohn-einbussen. Daher horchten viele von uns auf, als am 18. Dezember das Parlament 100% Kurzarbeitsentschädigung für die niedrigen Löhne verabschiedete. Mit den ersten Lohnabrechnungen zeigt sich nun: Die Realität ist weit davon entfernt. Stundenlöhner\*innen kriegen maximal 81%, Monatslöhner\*innen maximal 92%. Gleichzeitig wird der Druck auf uns Arbeiter\*innen nochmals zunehmen.

Als am 18. Dezember der Bundesrat verkündete, die Restaurants zu schliessen, war die Angst gross in der Gastronomie. Denn damit war klar, dass viele von uns wieder nur noch 80% unseres ohnehin bescheidenen Lohnes erhalten würden.

Als gleichentags das Parlament verkündete, alle ausgefallenen Löhne unter 3470.-würden zu 100% entschädigt, war dies Balsam für die Seele. Denn genau diese Schwelle war eigentlich ein klares Zeichen an die Gastronomie, da es sich punktgenau um den Mindestlohn handelt. Eigentlich... Denn das verabschiedete Covid-19-Gesetz (genauer Art. 17a) sieht für die Berechnung einen 100%-Lohn vor. Teilzeitlöhne werden daher aufgerechnet. So schlimm so schlecht. So hätten gerade nur mal die Gastro-Arbeiter\*innen, welche zum Mindestlohn schufteten müssen, Anspruch auf 100% gehabt. Egal wie wenig sie arbeiten.

## Es kommt noch schlimmer

Der Hammer folgt nun in der Umsetzung dieses Gesetzes. Denn im Berechnungsformular ist eben nicht nur der hochgerechnete Grundlohn anzugeben, sondern dazu zählen auch 13. Monatslohn, Ferien- und Feiertagszuschläge.

Wer im Monatslohn arbeitet, erhält maximal 92%, da hier „nur“ der 13. Monatslohn einbezogen wird. Wer im Stundenlohn arbeitet, erhält so maximal 81%, da Ferien- und Feiertagszuschläge dazu gerechnet werden! Beide Berechnungen basieren auf den geltenden Mindestlöhnen im Gastgewerbe, worauf sich der Gesetzesartikel ausdrücklich bezieht. Wodurch sich die

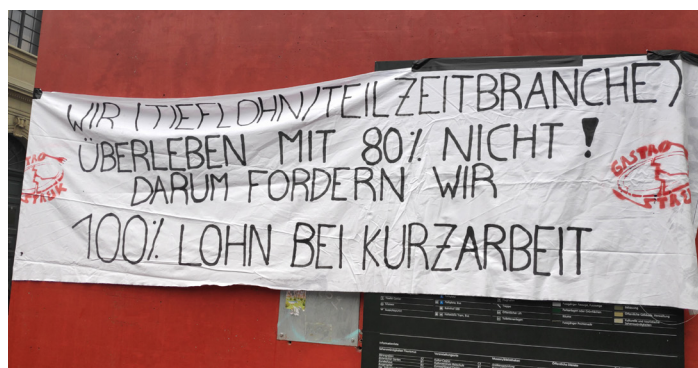
Frage stellt: Wollt ihr uns eigentlich verarschen?

## 80% reichen bei weitem nicht

Schon der Gastrostreik vom 12. Dezember in Bern hatte 100% Kurzarbeitsentschädigung bis zu einem Lohn von 4000.- gefordert, die FAU Bern forderte 100% bis 4500.- CHF. Denn seit März kämpfen wir Arbeiter\*innen ums finanzielle Überleben. Die Löhne sind mager, das Trinkgeld fällt bei einer Schliessung komplett weg. Die meisten müssen mehrere Jobs haben und können kaum 100% arbeiten.

## Die Ärmsten in der Gastro trifft es am härtesten

Arbeiter\*innen, die im Stundenlohn arbeiten, sind zudem meist prekär beschäftigt: Unsichere Schichten, unsicheres Einkommen und Nullstundenverträge bzw. Arbeit auf Abruf sind an der Tagesordnung. Viele haben gar nie irgend-



welche Entschädigungen gesehen. Dass ausgerechnet diese prekär beschäftigte Gruppe MAXIMAL 1% mehr kriegt, ist ein Hohn.

Parlament und Ämter haben bewiesen, dass sie entweder keine Ahnung von der Gastronomie haben, oder dass sie uns geradeaus verarschen wollen.

**Daher bleibt auch unsere Forderung bestehen: Kurzarbeitsentschädigung in voller Höhe des normalerweise ausbezahlten Lohns für alle unter dem Medianlohn. Hört endlich auf, uns Gastroarbeiter\*innen zu verarschen!**

- Voller Lohnersatz bei Kurzarbeit auf Löhne bis zum Medianlohn

Wir haben seit März starke Lohneinbussen auf ohnehin geringe Löhne. Das

Trinkgeld fehlt uns auch noch! Die „Lösung“ des Parlaments hat wenig gebracht.

- Übernahme der Arbeiter\*innenanteile der Sozialabgaben bei Kurzarbeit

Denn sonst gehen nochmals über 6% vom Lohn weg. Zusätzlich werden die Anteile auf 100% hochgerechnet. Den Chef\*innen wird ihr Anteil während der Kurzarbeit bereits zurückbezahlt.

- Ein Ende der Verträge auf Abruf (Nullstundenverträge).

Auch in dieser Krise hat sich gezeigt, dass solche Verträge nur negative Folgen für uns Arbeiter\*innen haben. Viele warten immer noch auf ihnen zustehende Lohnteile.

- Ein menschenwürdiger Umgang auf dem Arbeitslosenamt

Wer arbeitslos wird, braucht heute fast einen Dokortitel in Versicherungsrecht, um mit allen Vorschriften klar zu kommen. Im Vergleich zum Vorjahr sind 75% mehr Genoss\*innen arbeitslos und werden so schnell keine neue Stelle mehr finden.

- Unterstützung auch für Arbeiter\*innen ohne Arbeitserlaubnis

(z.B. Sans-Papiers). Diese Menschen trifft die Krise unverschuldet am härtesten. Sie sind ein vergessener Teil der Gastronomie und fallen aus allen Unterstützungsmassnahmen.

## Druck auf Gastro-Arbeiter\*innen nimmt zu

Wir Gastro-Arbeiter\*innen müssen nun gemeinsam handeln! Die bisherige Strategie der Regierung gefährdet das Überleben vieler Menschen und auch unserer Branche! Den meisten Betrieben geht langsam, aber sicher das Geld aus. Es kommt nun eine Zeit, in der versucht wird, das Betriebsrisiko ein weiteres Mal auf uns abzuwälzen. Nun wird bereits versucht, uns zu Gratisarbeit zu zwingen, da wir sonst mit der Kündigung bedroht werden.

Organisiert euch im Betrieb und darüber hinaus. Die Lage ist ernst.

FAU Gastro

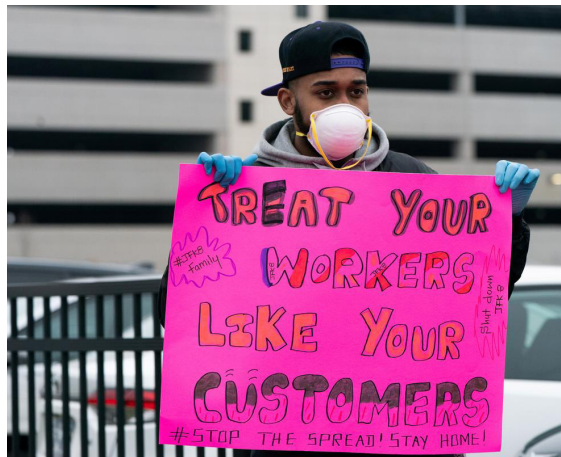
# Ein essenzieller Streik (Teil 1)

## Interview mit einem Amazon-Arbeiter aus Piacenza über die Kämpfe während der Pandemie.

Gianpaolo arbeitet seit acht Jahren im Amazon-Lagerhaus in Piacenza (MXP5). In den Monaten der Pandemie machte die transnationale Organisation der Arbeiter\*innen Amazons einen Schritt nach vorn mit einer Welle von Protesten und Streiks, die die Lagerhäuser auf der ganzen Welt erschütterten. Sie stellte eine Reihe von gemeinsamen Standpunkten und Forderungen auf transnationaler Ebene auf, die das Unternehmen in Angst und Schrecken versetzten und es zwangen, zu reagieren. Mehr als 19'000 Amazon-Arbeiter\*innen hat Covid-19 allein in den Vereinigten Staaten erwischt, wie aus einem Bericht über die Ansteckungen hervorgeht, den das Unternehmen mit extremer Verspätung und nach mehrfacher Aufforderung veröffentlichte. Gianpaolo sagt, dass in Piacenza Amazon zu Beginn der Pandemie die Einführung von Gesundheitsmassnahmen nur zugestimmt habe, weil es durch einen dreizehntägigen Streik und eine massenhafte Weigerung, aus Angst vor Ansteckung zur Arbeit zu gehen, dazu gezwungen wurde. Darüber hinaus geht das Problem der sanitären Bedingungen in den Lagerhäusern auf die Zeit vor der Pandemie zurück. Die Streikwelle der letzten Monate war nicht nur deshalb wichtig, weil sie das Unternehmen zwang, die Löhne zu erhöhen und die anfängliche Verweigerung, ein Mindestmass an Sicherheitsstandards zu respektieren, aufzugeben, sondern auch, weil sie den Beschäftigten in aller Welt zeigte, dass „sie nicht völlig allein sind“. Aus diesem Grund ist es in Italien so wichtig, Verbindungen zu anderen Lagerhäusern in Europa und darüber hinaus herzustellen. Mittlerweile vernetzen sich immer mehr Amazon-Arbeiter\*innen weltweit, da der Konzern nicht nur weltweit tätig ist, sondern auch die Arbeiter\*innen der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielt.

## PD: Was kannst du uns über deine Arbeitserfahrung im Amazon-Lagerhaus in Piacenza berichten?

Gianpaolo: Ich arbeite dort seit 2012 und habe als Free Badge [Leiharbeiter\*innen] angefangen. Das Lager begann 2011 mit rund dreissig Mitarbeiter\*innen. 2013, als wir noch das einzige Lager in Italien waren, waren es 6000 Mitarbeitende. Heute sind wir etwa 1800 Festangestellte. Wenn man anfängt, für Amazon zu arbeiten, merkt man



*Maske auf, Schild hoch: Auch in den USA traten im Frühjahr ganze Belegschaften in den Streik.*

nicht, was das wirklich ist. Amazon lässt sich in armen Gebieten mit der höchsten Arbeitslosigkeit nieder und nutzt diese Situation zu seinem Vorteil aus. Amazon bringt Arbeit und schafft einen scheinbar professionellen Auswahlprozess: Vor allem in den ersten Jahren wirst du durch bestandene Tests ausgewählt. All dies führt dazu, dass du die Arbeit bei Amazon zunächst positiv siehst. Sie wird als eine Arbeit dargestellt, bei der Sicherheit an erster Stelle steht. Das Motto lautet: „Arbeitet hart. Habt Spass. Schreibt Geschichte“. Das Arbeitsumfeld ist sehr jung, anscheinend gibt es niemanden, der kontrolliert, was du tust. Zuerst lenkt alles von der Arbeitsrealität ab. Dann, im Nachhinein, versteht man die Dinge. Wir mussten 15 Minuten früher kommen für unbezahlte Briefings, bei denen die Manager\*innen uns sagten: Entweder ihr arbeitet gut oder sonst gibt es viele Leute, die hier arbeiten möchten. Sie erhöhten ständig den psychologischen Druck, und das führte dazu, dass du wie verrückt gerannt bist, denn das Ziel war es, durch einen Prozess, der zwangsläufig

von hoher Produktivität und einer positiven Einstellung zur Arbeit abhing, fest angestellt zu werden. Eine sehr bedeutende Veränderung war 2013, als sie das neue 100'000 Quadratmeter grosse Lager (MXP5) mit einer viel grösseren Zahl von Arbeiter\*innen eröffneten. Mit dem Übergang zum neuen Lagerhaus hat sich das Management stark verändert und die Art und Weise, wie sie uns behandeln, hat sich verhärtet und verschlechtert.

## Was geschah nach Beginn der Pandemie und seit dem Streik im März?

Zu Beginn der Pandemie gab es keine Handschuhe, keine Masken, es gab Desinfektionsgel, aber in sehr begrenzten Mengen. Nach dem Streik im März, der dreizehn Tage dauerte, gab es eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften, die zweifelsohne Verbesserungen mit sich brachte: Eingeschränkter Zugang, Abstand der Arbeitsposten, ein Mindestabstand von zwei Metern zwischen den Arbeiter\*innen. Nach dem Streik wurde ein Ausschuss eingerichtet, dem Gewerkschaftsvertreter\*innen, Sicherheitsbeauftragte und einige vom Unternehmen ausgewählte Beschäftigte angehörten. Der Ausschuss war insbesondere für die Kontrolle der Ein- und Ausgänge zuständig, diente aber auch dazu, Versammlungen zu vermeiden. Das Instrument des Ausschusses wäre sinnvoll, wenn er wirklich Macht hätte, während in Wirklichkeit alles über das Unternehmen läuft, das die Ratschläge des Ausschusses umsetzen kann oder auch nicht, so dass im Grunde das Unternehmen über alles entscheidet. In Piacenza hat der Streik mehr erreicht als anderswo, weil wir uns schon seit Jahren organisieren: Wir sind 2016 der Gewerkschaft beigetreten, es gibt also eine Organisationsstruktur, eine starke Gruppe und eine Diskussion mit dem Unternehmen, die schon viel länger andauert. Die Teilnahme am Streik war ziemlich gut, aber das lag auch daran, dass viele Menschen krank geschrieben waren oder einfach nicht zur Arbeit gehen wollten, weil sie Angst vor einer Ansteckung hatten. Genau um dieser weit verbreiteten Abwesenheit entgegenzuwirken, legte Amazon die Lohnerhöhung von zwei Euro pro Stunde für alle Lockdown-Monate auf den Tisch. Was uns jedoch letztendlich wieder zurück an

die Arbeit brachte, war die Umsetzung von Hygienemassnahmen, die Verwendung von Masken, Abstände, begrenzte Einfahrten und die Verwendung von Handschuhen. Dinge wozu das Unternehmen auch durch die von der Region und der Regierung erlassenen Verordnungen gezwungen war. Das Problem ist, dass am Ende des Streiks, als diese Massnahmen umgesetzt wurden, die Berichterstattung nachliess. Am Tag zuvor war Amazon der Bösewicht, der keine Masken abgab, und am nächsten Tag war Amazon der Retter der Nation, der alle mit lebenswichtigen Gütern oder angeblich solchen versorgte. Amazon machte Propaganda, indem es 500'000 Euro an das italienische Rote Kreuz, 100'000 Euro an das Rote Kreuz von Piacenza und 100'000 Masken an die Stadt Piacenza spendete. Amazon tut jedoch nie etwas umsonst. Das ärgert mich persönlich. Denn wir wissen sehr gut, dass sie uns ohne Schutz, ohne Masken, ohne Handschuhe arbeiten lassen wollten, aber nach dem Streik mussten sie ihre Haltung ändern und versuchten, sich anders zu präsentieren. Tatsächlich haben sie nur das Nötigste getan.

### Wie steht es um Sicherheit und Ansteckungsgefahr?

Eigentlich gibt es auch jetzt noch keinen Abstand von zwei Metern, in den Pick-Türmen zum Beispiel kreuzen sich die Menschen ständig und bilden Gruppen. Kurz gesagt, im Moment lässt die Achtsamkeit bezüglich der Distanzen stark nach, oder besser gesagt, die Manager\*innen überwachen und beaufsichtigen vor allem die Produktivität und nicht die Entfernung. Der Ausschuss geht in den Korridoren herum, aber die wenigen, die ihren Kolleg\*innen anscheinend wirklich helfen wollen, sind enttäuscht, weil sie sehen, dass das Melden von Risikosituationen nicht zu langfristigen Lösungen des Problems führt. Selbst was die allgemeine Sicherheit anbelangt, herrscht völlige Unachtsamkeit. Jetzt leeren sie die Gassen, um Platz für Kleidung und Lebensmittel zu schaffen, stapeln die verräumten Gegenstände in Behältern, aus denen die Gegenstände überlaufen und von oben auf die Arbeiter\*innen fallen. Einem Mädchen fielen zwei Farbdosen auf den Kopf, aber ein Betriebsarzt versuchte, ihren Arbeitsunfall nicht anzuerkennen und riet ihr, sich krankschreiben zu lassen (aber nicht alle Ärzt\*innen sind so). Jetzt investiert Ama-

zon, um sich darauf vorzubereiten, von der zweiten Welle sowie von der allgemeinen Spitze im Herbst zu profitieren. Sie öffnen neue Eingänge und neue Drehkreuze, um sicherzustellen, dass man nur von einer Seite rein- und von der anderen Seite wieder rausgeht. und sicherlich nicht, weil sie uns schützen wollen, sondern um grünes Licht für den Einlass von so vielen Arbeiter\*innen wie möglich zu haben. Theoretisch müsste laut der nach dem Streik unterzeichneten Vereinbarung vom März die Anzahl der Mitarbeiter\*innen unverändert bleiben, um die Distanzen zu wahren, aber das Unternehmen scheint nicht zu kooperieren und stellt diesbezüglich keine Daten zur Verfügung, sondern bittet lediglich darum, „darauf zu



Ein Blick in Gianpaolos Arbeitsplatz: Die Halle des Amazon-Lagerhauses MXP5 in Piacenza.

vertrauen“, dass sie sich an die getroffenen Vereinbarungen halten. Wir stellen jedoch fest, dass der Parkplatz immer voller wird und weiterhin neue Arbeiter\*innen kommen.

Jedenfalls gibt es in Bezug auf die Sicherheit Probleme, die noch aus der Zeit vor der Pandemie stammen: Die Sicherheitsabteilung, die sich um die Sicherheit der Arbeiter\*innen kümmern sollte, kümmert sich nur um die Sicherheit, dass sich Amazons Taschen füllen. Es gibt Regeln, wie man die Bewegungen auf eine für den Körper korrekte Art und Weise ausführt, aber das macht keinen Sinn, wenn man die Produktivitätsstandards einhalten muss: Ich kann eine Bewegung so korrekt ausführen, wie ich will, aber wenn ich das 1'000 Mal am Tag tun muss, schadet es mir auf lange Sicht trotzdem. Es gibt Berufskrankheiten, die nicht anerkannt oder oft nicht gemeldet werden. Es gibt Probleme mit Sehnen,

Handgelenken und Rücken, die sicher auch von der Tätigkeit abhängen, aber die man mit ziemlicher Sicherheit bekommt, wenn man drei oder vier Jahre lang die gleiche Arbeit machen muss.

Während der Pandemie sagten sie, dass sie aufhören würden, die Produktivität zu kontrollieren, aber jetzt haben sie wieder damit begonnen. Tatsächlich nutzen sie jetzt die Anti-Covid-Gesundheitsmassnahmen um die Produktivität zu kontrollieren. Eines Tages war ich in der Packstation und während ich arbeitete, sprach ich mit einem Kollegen hinter mir, und manchmal drehte ich mich um – aber mit einem Abstand von zwei Metern – und ein Manager kam und sagte mir, ich solle mich weder umdrehen noch reden.

Es gibt einen instrumentellen Einsatz von Vorsichtsmassnahmen, um den Kontakt zwischen Arbeiter\*innen zu verhindern. Die Software Proxemics [eine Software zur Kontrolle von Ansammlungen und Bewegungen von Arbeiter\*innen, die Amazon in den Lagerhallen einführen will] ist ein Werkzeug, das vor der Pandemie entwick-

kelt wurde und eindeutig darauf abzielt, soziale Begegnungen zwischen Arbeiter\*innen zu verhindern, das aber versucht, als „Anti-Ansammlungs“-Werkzeug gegen die Pandemie durchzugehen. Seit das Virus sich ausbreitet, ist es für Amazon wie Weihnachten, nicht nur in Bezug auf die Produktivität: Es kann die Pferde so weit auseinander zum Laufen bringen dass sie nicht miteinander reden können und so die Probleme, die sie haben, nicht teilen können. Für Amazon ist es perfekt, sie verhindern Versammlungen und sich ausbreitende Gerüchte: für Amazon ist es ein Segen.

### Precarious Disconnections Übersetzung: FAT

Teil 2 folgt in der nächsten Ausgabe.  
Sowohl das Original in Englisch, als auch die Übersetzung finden sich auch auf [www.faubern.ch](http://www.faubern.ch)

# Belarus: Weichen des Protests

**Oktober 2020: „Volksultimatum“ Generalstreik an das „Väterchen“ – die Opposition drohte wirtschaftliches Leben des Landes lahmzulegen – bisher hat es nicht funktioniert.**

Der belorussische Präsident Alexander Lukaschenko sieht sich bekanntlich gerne als „Vater der Nation“ und findet an der volkstümlichen Betitelung „Väterchen“ Gefallen. Immer wieder betont er, dass wer sich ihm, dem demokratisch gewählten Präsidenten, widersetzt, sich quasi gegen das ganze Volk stellt. Nun hat die Opposition seine Rhetorik übernommen und gegen ihn gewendet. Seine Herausforderin, Swetlana Tichanowskaja, setzte ihrem Kontrahenten am 13. Oktober ein „Volksultimatum“. Sollte „Väterchen“ nicht zurücktreten, werde ab dem 27. Oktober das Land durch einen Generalstreik lahmgelegt. Dabei wähnt die führende Oppositionelle nicht nur die Mehrheit hinter sich. Sie ist nicht einfach nur „eigentlich“ gewählte Präsidentin, für die ein Teil der Stimmberechtigten gestimmt hat, sondern schliesst die Anhängerschaft Lukaschenkos kurzerhand vom Volk aus. Das Volk, so die Drohung, wird es nicht mehr bei den Strassenprotesten belassen, sondern durch die Niederlegung der beruflichen Tätigkeit eben das ganze wirtschaftliche Leben zum Erliegen bringen.

EU-Länder, auch die, in denen politische Streiks gesetzlich verboten sind (wie in der BRD), haben für das Anliegen vollstes Verständnis. Der Immer-noch-Präsident tritt jedoch nicht zurück – sondern nach. Er weitet die Kompetenzen der Repressionsorgane noch weiter aus und stellt den Einsatz von Schusswaffen in Aussicht. Die massive Unterstützung seiner Gegner\*innen aus dem westlichen Ausland bestätigt ihn in der Überzeugung, mit seinem Amt verteidige er nicht weniger als die Souveränität seines Landes.

Die Menschen, die gegen Lukaschenko auf die Strasse gehen, sind einerseits rebellisch, weil das „Väterchen“ seine Lüge von der Abwesenheit der Opposition mit massiver Gewalt durchsetzt. Andererseits sind sie in ihrer Rebellion untertänig, denn sie sehen sich ja selbst als ein Volk, das dringend eine neue Regierung benötigt. Sie riskieren ihre Freiheit, ihre Gesundheit und manchmal auch ihr Leben, um bestimmen zu können, wer über sie bestimmt. Sie übernehmen die Denkfigur der „Interessen aller Beloruss\*innen“, ganz unabhängig da-

von, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Das Ergebnis der ersten Tage nach dem Aufruf Tichanowskajas ist durchwachsen. Rentner\*innen und Studierende halten Plakate „Unterstützen wir unsere Arbeiter“. „Unsere“ heisst nicht, dass sie ihre Arbeitgeber\*innen sind. „Unsere“ heisst – unsere oppositionell-belorussischen Lohnabhängigen. Während Kleinunternehmen pünktlich zum Streikbeginn schliessen, kann man von massenhafter Arbeitsniederlegung in der Industrie nicht sprechen. Das heisst keineswegs, dass die Arbeiter\*innenschaft geschlossen Lukaschenko unterstützt. In vielen Betrieben laufen aufgeregte Diskussionen. Vor manchen Betrieben stellten sich „Solidaritätsposten“ auf. Aber von den grossen Betrieben ist lediglich die in der Oppositionshochburg Grodno stehende



*Arbeiter\*innenprotest bei den Minsker Traktorenwerken*

Chemiefabrik „Grodno Asot“ im Prozess der Stilllegung. Eine sofortige Unterbrechung des Produktionsprozesses würde zu einer Explosion führen.

Selbst die der Opposition sehr wohlgesonnenen Medien und Expert\*innen räumen ein, dass sich Tichanowskaja mit ihrem Ultimatum verspekuliert hat. Lukaschenko ordnete an, die Streikenden zu feuern und zu exmatrikulieren. Nicht umsonst spielen bei den Protesten Rentner\*innen und Hausfrauen, die weniger zu verlieren haben, eine so wichtige Rolle.

Ein Streik ist qualitativ etwas anderes als ein Protestspaziergang oder das Schliessen des eigenen Unternehmens durch die Besitzer\*innen oder Lernverweigerung durch Studierende. Das Mittel ist nicht eine öffentlichkeitswirksame Inszenierung, sondern das Zufügen von wirtschaftlichem Schaden. Sollte es tatsächlich dazu kommen, sollte

die Drohung von Tichanowskaja doch noch wahr werden, hätten die Lohnabhängigen in Belarus ein Mittel nicht nur gegen alte Machthaber\*innen, sondern auch gegen die neuen Anwärter\*innen auf die Ämter. Es würde den Spielraum für ganz neue Zielsetzungen eröffnen. Das setzt jedoch die Erkenntnis voraus, dass das „Volk“ nun mal aus Klassen, mit allem anderen als gleichen Interessen besteht. Nachdem das Scheitern von Tichanowskajas Ultimatum offensichtlich wurde, ging Lukaschenko zur Gegenoffensive über. Er verlangte, dass innerhalb von zwei Monaten in allen Betrieben Gewerkschaftsorganisationen gegründet werden sollten, andernfalls droht die Schliessung. Gemeint sind die Organisationen der quasistaatlichen Föderation der Gewerkschaften von Belarus (FPB). Dieser Schritt soll sowohl Druck auf die oppositionelle Unternehmer\*innen aufbauen, als auch die Gründung unabhängiger Gewerkschaften verhindern, was eine anschauliche Illustration der Widersprüche von Lukaschenkos Herrschaftsmodell ist.

## **November 2020: Zur Reaktion der westlichen Linken**

Zu dem Zeitpunkt, an dem ich diese Zeilen schreibe, ist noch nicht klar, ob sich der belorussische Präsident Lukaschenko an der Macht halten wird oder ob die Proteste und Sanktionen ihn zur Amtsaufgabe zwingen werden<sup>1</sup>. Schon jetzt ist aber klar, dass die Proteste in Belarus einige Probleme der Linken im Westen in Bezug auf Analyse von Staat, Demokratie und Diktatur offenbaren.

Es ist wenig überraschend, dass friedliche Proteste gegen die offensichtlich manipulierten Wahlen (Ausschluss von Kandidat\*innen, Fälschung der Ergebnisse) und massive Gewaltanwendung staatlicherseits in einem nicht befreundeten Land in Deutschland auf breite Sympathie stossen. Fast alle, die sich positiv auf den Begriff der Demokratie berufen, zeigen eine solidarische Haltung. Ist es ein Thema, bei dem es keine Linke und Rechte mehr gibt? Verläuft die Konfliktlinie einfach nur zwischen Demokratie und Diktatur, über deren weitere Einordnung man sich nicht mehr zu streiten braucht? Und wie sollen sich die-

<sup>1</sup> Darüber, was die Besonderheit des „belorussischen Modells“ ausmacht und wie es zu den aktuellen Protesten kam, habe ich an anderer Stelle ausführlich geschrieben: <https://lowerclassmag.com/2020/09/04/belarus-das-modell-lukaschenko-am-ende/>



jenigen dazu verhalten, die den Staat in jeder Form ablehnen?

## Demokratie: Etappe auf dem Weg zur Anarchie?

Die „Graswurzelrevolution“ stellt sich bedingungs- und bedenkenlos hinter die Proteste. Wer gewaltlos gegen Diktatur auftritt, der kann sich der Solidarität des deutschen Anarchismus sicher sein. Stört es so gar nicht, dass sie sich da in einer Reihe mit konservativen und liberalen Parteien, der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) befindet? Nein! In der September-Ausgabe steht, die Lage sei sozialrevolutionär, und wird beklagt, Lukaschenko behandle seine Gegner\*innen unfair.<sup>2</sup> Dem „Despoten“ Lukaschenko wirft die Redaktion einer anarchistischen Zeitung vor, er „zermalme die zarten Sprossen der Demokratie und re-sowjetisiere Belarus“.<sup>3</sup> Das Programm seiner Gegner\*innen ist kaum eine Reflexion wert, aber die Lage sei natürlich „sozialrevolutionär“.

Es ist nicht zu übersehen, dass hier die westliche Demokratie als kleineres Übel gegenüber dem System des ehemaligen Ostblocks erscheint. Damit werden Anarchist\*innen zum Juniorpartner der westlichen Mächte bei der Beseitigung von allem, was noch irgendwie (im Falle Lukaschenkos nur sehr entfernt) an den Realsozialismus erinnert. Nehmen wir diese Argumentation ernst. Wenn Lukaschenko von seinen prowestlich-liberalen Gegner\*innen – und die geben in der Opposition unüberhörbar den Ton an – gestürzt wird, was werden die Anarchist\*innen gewinnen? Sie werden nicht mehr für jedes nach Aussentreten verfolgt, sie dürfen, so wie alle anderen politischen Kräfte, eigene Organisationen, Gewerkschaften, Vereine gründen. Wahrscheinlich kommen politische Gefangene vorzeitig frei. Für die Teilnahme an den Protesten werden sie etwas mediale Aufmerksamkeit bekommen. Wenn sie den Protesten fernbleiben, werden sie in der Post-Lukaschenko-Zeit kaum Gehör finden können. Die Früchte des Sieges werden jedoch diejenigen Kräfte ernten, die schon jetzt über „notwendige Reformen“, IWF-Kredite, die Entlastung der „kleineren und mittleren Unternehmen“,

das Ende der staatlichen Subventionen für unrentable Betriebe sprechen. Muss nach dem, was Marktformen in anderen postsowjetischen Staaten so bewirkt haben, noch erklärt werden, was das alles für weite Teile der Bevölkerung bedeutet? Ist es ein anarchistisches Problem, ob das Herrschaftspersonal wirklich fair gewählt wurde? Umgekehrt: Sieht nicht zumindest ein Teil der Anarchist\*innen, ähnlich wie Lenin, jeden Staat als seinem Wesen nach diktatorisch an und unterscheidet nicht mehr zwischen einzelnen Staatsformen?

Natürlich dürfen in einer Demokratie auch Anhänger\*innen der Anarchie ihre Meinung kundtun. Aber entscheiden dürfen dann nur die durch Wahlen legitimierten Politiker\*innen. Sie regieren, die anderen demonstrieren. Vom Standpunkt eines demokratischen Rechtsstaates aus ist es egal, ob Anarch@s oder Nazis demonstrieren, solange sie keine Gesetze brechen, und auch egal, ob Gefängnisbaustellen oder Flüchtlingsheime angezündet werden, weil da gehen Einzelbürger\*innen ohne Man-



*Anarchistische Fahnen an Protesten in Minsk, September 2020*

dat vom Meinen zum Handeln über und der Mehrheitswille gehört vor militanten Minderheiten geschützt. Demokratie bedeutet Gewaltanwendung nicht nach dem Gutdünken von Potentate\*innen, sondern nach festen Regeln. Ob das den von der Polizei Verprügelten, den Abgeschobenen oder den vom Amt sanktionierten Menschen ein Trost ist, sei dahingestellt.

Natürlich dämmert es vielen antiautoritären Linken in Belarus, dass sie riskieren, bei den von Demokratieidealismus motivierten Protesten für die „Neoliberalen“ die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Einige, wie zum Beispiel die anarchistische Organisation „Pramen“, versuchen, mit einem „Minimalprogramm“ einen Kompromiss zwischen den eigenen Vorstellungen und den Stimmungen der Protestierenden zu finden. Dabei ist ein Programm herausgekommen, das auch von den „Grünen“ der 1980er stammen könnte. Aber im Koordi-

nationsrat der Opposition sagt selbst der einzige Vertreter der zwischendurch streikenden Arbeiter\*innen, Sergei Dylewski, dass die Belegschaft der Fabrik, in der er arbeitet, einer der grössten im Lande, „aus politischen, nicht aus sozialen Gründen“ streikt.<sup>4</sup>

Wer also Nationalstaat, Marktformen, Freundschaft mit der EU usw. nicht für eine schöne Zukunftsaussicht hält, sollte sich schon jetzt überlegen, wie der Kampf gegen die Anführer\*innen und wohl auch so einige Basisaktivist\*innen der heutigen Proteste geführt werden sollte.

## Januar 2021: Die Aussichten auf eine Verfassungsänderung

Für den 11. und 12. Februar kündigte Lukaschenko die „VI. Gesamtbelarussischen Volksversammlung“ ab. Ein seit 1996 alle fünf Jahre tagendes Gremium, in der „Vertreter\*innen der Betriebskollektive“ neben Parlamentarier\*innen sitzen, soll „direkte Volksherrschaft“ gewährleisten. Die Volksversammlung bewertet die Arbeit der Regierung in der vergangener Legislaturperiode, beschliesst den „Entwicklungsplan“ für die nächsten fünf Jahre und entscheidet über Verfassungsänderungen. Tatsächlich ist sie eine quasikorporative Institution, die bisher die Macht des Präsidenten zuverlässig stützte. Die Delegierten der Betriebe werden von oben ernannt, der Ablauf wird von den Kritiker\*innen mit einem KPdSU-Parteitag verglichen. Doch die Gerüchte werden lauter, diesmal stehe eine Entscheidung über einen kontrollierten Machttransfer auf der Tagesordnung. Lukaschenko wird vom Westen wie von Russland zum Rücktritt gedrängt und braucht ein Szenario der Übergabe der Regierungsmacht in zuverlässige Hände. Die Opposition droht ihm derweilen mit strafrechtlicher Verfolgung. Aktuell rufen oppositionelle Medien zum Boykott der Volksversammlung und zu internationalen Sanktionen gegen deren Abgeordnete auf. Stattdessen wird im Internet zur Wahl von einer „Shod“ („Versammlung“), einer „Plattform der Volksvertreter\*innen“ nach dem Territorialprinzip aufgerufen. Bei der Mobilisierung in den Betrieben scheint die Opposition nicht voranzukommen und versucht es jetzt mit einem Gegenparlament.

**Alexander Amethystov**

Der Artikel wurde aus Platzgründen gekürzt, ungekürzt findest du ihn auf unserer Homepage ([www.faubern.ch](http://www.faubern.ch))

<sup>2</sup> Graswurzelrevolution statt Militärputsch. Soziale Revolte in Belarus und Staatsstreich in Mali, Editorial von Bernd Drücke, in: GWR 451, September 2020, S. 2; <https://www.graswurzel.net/gwr/2020/08/graswurzelrevolution-statt-militaerputsch/>

<sup>3</sup> Das Ende des alten weißrussischen Mannes? Der Aufstand gegen Lukaschenko, GWR-Online-Kommentar von Mathias Schmidt, <https://www.graswurzel.net/gwr/2020/08/das-ende-des-alten-weissrussischen-mannes/>

<sup>4</sup> <https://novayagazeta.ru/articles/2020/08/21/86770-ya-ne-vozhd>

# Libertatia wiederaufbauen!

**Das 2018 von Nazihoooligans niedergebrannte anarchistische Zentrum Libertatia in Thessaloniki wird wiederaufgebaut. Es soll ein lebendiges Bollwerk des antifaschistischen Kampfes werden. An der Geschichte des Hauses wird deutlich, dass Thessaloniki nicht immer so griechisch und christlich-orthodox war, wie Nationalist\*innen behaupten.**

Seit dem Beginn der Hausbesetzung 2008 sind Aktivist\*innen der Libertatia an den gesellschaftlichen Kämpfen in Thessaloniki beteiligt. Genannt seien hier nur die Solidaritätsaktionen mit Geflüchteten, der Kampf gegen die Sonntagsarbeit an der Seite von Basisgewerkschaften, oder die Verteidigung der von Räumung bedrohten selbstverwalteten Seifenfabrik Vio.Me, die seit 2012 von Arbeiter\*innen besetzt ist.

Heute ist das ausgebrannte neoklassizistische Gebäude von einem hohen Metallzaun umgeben. Die leeren Fensterhöhlen laden nicht unbedingt zum Verweilen ein.

Während der nationalistischen Mobilisierung im Zuge des Namensstreits mit dem griechischen Nachbarstaat Nordmazedonien, hatte ein Mob von 150 Nazis und rechten Fußballhoooligans am 21. Januar 2018 das Libertatia angegriffen. Mehrere Nationalist\*innen traten die Tür ein und legten Feuer im Inneren des Hauses, das bis auf die Grundmauern abbrannte.

Es gab keine Festnahmen, im Gegenteil. Die anwesenden Polizeitruppen geleiteten den Mob in der Folge zurück zur „Mazedonien ist griechisch“-Kundgebung. Auf der hatten sich 90'000 Nationalist\*innen, rechtsextreme Organisationen, die inzwischen als kriminelle Vereinigung verurteilte Naziartei Chrysi Avgí und große Teile des orthodoxen Klerus versammelt. Es ging einmal mehr um den seit 1990 schwelenden Streit beider Länder um das

Anrecht auf den Namen Mazedonien. Wegen des Streits blockierte Griechenland die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen und den Nato-Beitritt des Nachbarlands. Im Juni 2018 einigten sich die Regierungen schließlich darauf, dass Letzteres künftig Nordmazedonien heißen solle.

Bereits zu Beginn der Kundgebung im Januar 2018 hatten rund 100 Nazis zunächst das besetzte soziale Zentrum „Schule zum Erlernen der Freiheit“ angegriffen, danach das Libertatia. Beide Angriffe konnten abgewehrt werden. Als die Rechtsextremen später bei einem zweiten Angriff das anarchistische Zentrum anzündeten, waren die Besetzerinnen und Besetzer auf einer



*Der neue Dachstuhl*

antifaschistischen Gegenkundgebung, das Haus ungeschützt. Am Abend darauf nahmen über 2'500 Menschen an einer Solidaritätsdemonstration für das Libertatia teil. Starke Polizeikräfte griffen die Demonstrierenden mit Tränengas und Blend-schockgranaten an.

## Ein neues Dach für Libertatia

Die Fortschritte beim Wiederaufbau der Ruine sind beeindruckend. Das neue Dach ist fast fertig. Zwischendecken werden eingezogen und im kleineren Hinterhaus sind einzelne Räume schon verputzt und gestrichen. Am schlimmsten sei es gewesen, betont eine Aktivistin, die Tonnen von Bauschutt und verbrannten Balken zu entsorgen. Wochenlang habe man Dreck geschippt. Danach sei es besser geworden, doch es gehe nur langsam voran. Dies liege einerseits am Geldmangel, dann sei noch

der Corona-Lockdown hinzu gekommen, und nicht zu vergessen die andauernde Repression durch die Polizei. Wiederholt seien während der Bauarbeiten starke Polizeieinheiten angerückt, zwei Mal wurden während der Arbeit Leute festgenommen, Baumaterial sowie Werkzeuge beschlagnahmt, zuletzt am 23. August 2020. Um das Dach fertig stellen zu können, mussten die Besetzer\*innen zu einer Kundgebung beim Haus mobilisieren. Während dann 250 Leute fünf Stunden lang um das Haus herum ausharrten, waren andere auf dem Dach, um die Bretter zu vernageln. Das zeigte zwar an diesem Tag die momentanen Grenzen staatlicher Macht, doch kosten solche Aktionen viel Kraft.

Seit Regierungsantritt der rechten Néa Dimokratía im Sommer 2019 hat sich die Repression gegen den inneren Feind extrem verschärft. „Bürgerschutzminister“ Michális Chrysochoídis, ein ehemaliger Sozialdemokrat und Law-and-Order-Hardliner, hat die von Faschist\*innen durchsetzten Polizeitruppen endgültig von der Leine gelassen. Noch im Sommer 2019 liess er die meisten Flüchtlingsbesetzungen in Athen räumen, in der Folge immer wieder anarchistische Besetzungen. Brutales polizeiliches Vorgehen bis hin zur Folter von Demonstrant\*innen bleiben folgenlos. Für die Beamt\*innen herrscht Straffreiheit bei ihren Einsätzen gegen Geflüchtete, Kommunist\*innen und Anarchist\*innen. Obwohl im August 2020 das wichtige besetzte anarchistische Zentrum Terra Incognita in Thessaloniki geräumt wurde, sind die Aktivist\*innen von Libertatia optimistisch. „Es ist nicht einfach, uns zu räumen, da wir viel Unterstützung erhalten. Das Verhältnis zu den meisten Leuten in der Nachbarschaft ist hervorragend. Und alle sehen was hier geschieht. Gegen die rechtsradikalen Brandstifter\*innen wird nicht einmal ermittelt, obwohl Filme der Tat im Netz stehen, und gegen uns laufen 16 Strafverfahren wegen Beschädigung eines Baudenkmals und illegaler Arbeiten, weil wir das Haus wieder aufbauen. Ein Baudenkmal im Übrigen, dass vor der Besetzung 2008 über 30 Jahre lang verrottete, ohne dass es die Behörden interessierte, die inzwischen vom Schmuckstück in der Avenue Stratoú reden.“

Das einzige erhaltene neoklassizistische Gebäude in der Avenue Stratoú wurde 1899 erbaut. Bis zu ihrem Tod 1941 gehörte es einer jüdischen Türkin, die es von ihrem Ehemann, einem in Thessaloniki tätigen türkischen Staatsanwalt, geschenkt bekommen hatte. Das Gebäude wurde Jahrzehnte zwischen staatlichen Behörden hin und her geschoben. In den neunziger Jahren gehörte es der teilprivatisierten Universität Makedonia in Thessaloniki, seit Anfang der nuller Jahre machen vier türkische Bürger aus Izmir Rückübertragungsansprüche geltend. An der Geschichte des Hauses wird deutlich, dass die griechische Region Makedonia und ihre Hauptstadt Thessaloniki nicht immer so griechisch und christlich-orthodox waren, wie Nationalist\*innen

behaupten. Bis vor nicht einmal 100 Jahren lebten in der Stadt über 70'000 Türkinnen und Türken, rund 60'000 sephardische Jüdinnen und Juden sowie 30'000 Griechinnen und Griechen, zudem Sinti und Roma, bulgarische, slawische und albanische Minderheiten. 1922/1923 wurde die türkische Bevölkerung im Zuge des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs vertrieben. Die jüdische Bevölkerung wurde 1942/1943 in deutsche Konzentrationslager deportiert und ermordet. Viele Griechinnen und Griechen haben diesen Teil der Stadtgeschichte verdrängt. Nach den erfolgreichen 3-tägigen Feierlichkeiten zum 12-jährigen Besetzungsjubiläum Mitte Oktober 2020 gelang es den Besetzerinnen und Besetzern von Libertatia Ende November ohne weitere poli-

zeiliche Störung die schweren Teerbahnen zu verlegen. Das Dach ist damit kurz vor Beginn der Regensaison winterfest. Um den Wiederaufbau des Hauses als antifaschistisches Zentrum im kommenden Jahr ein gutes Stück voranzutreiben, startet nun im Winter eine Spendenkampagne.

**Text: Ralf Dreis**  
**Bild: Leftéris Epanastátis**

Spenden an:

FAU-Frankfurt a.M.  
Mühlgasse 13  
60486 Frankfurt/M - Bockenheim  
IBAN: DE24 5005 0201 0107 9966 96  
BIC: HELADEF1822  
Stichwort „Libertatia“

## Gedichte

### Leitsatz

Fürcht' nicht die Stunde, da du stirbst.  
Die Welt, o glaub's nur, kann dich missen.  
Kein Stern, um dessen Licht du wirbst,  
Wird mit dir in den Tod gerissen.

Solang du lebst, wirst du gebraucht.  
Soll dich das Leben nicht vergessen,  
Sorg, dass die Tat nicht untertaucht,  
An der du deine Kraft gemessen.

Leb, dass du stündlich sterben kannst,  
In Pflicht und Freude stark und ehrlich.  
Nicht dich – das Werk, das du begannt,  
Mach für die Menschheit unentbehrlich!

*Erich Mühsam (1878 - 1934)*

### Wir kochen

Wir kochen nicht mit Liebe  
Wir kochen voller Wut  
Wir spucken in die Suppe  
Und spucken in die Glut  
Wir schneiden uns in Finger  
Wir kochen's Pflaster mit  
Wir kochen auch mit Abfall  
Und kochen auch mit Shitt  
Und wenn ihr5 dann nicht kotzt  
Und wenn ihr nicht verreckt  
Dan fragen wir euch lächelnd  
Hat es denn geschmeckt?

*Harald Stubbe*

## Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich, wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

**di schwarzi chatz**  
Zeitung der Freien Arbeiter\_innen Unions in der Schweiz

**8 Stunden sind (mehr als) genug!**

131 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Achtstundentag gestreikt wurde. Heute sind wir wieder am Punkt gelangt, wo ohne Scheitern gefordert werden kann: 8 Stunden sind (mehr als) genug!

**In dieser Ausgabe**

**Nach Arbeit**  
die menschliche Bestimmung der Arbeiter\_innenbewegung.

**35% weniger Lohn? 35% weniger Arbeit?**  
Arbeit von Frauen wird immer noch gering bezahlt. Ist das normal?

**Comedian Kampf!**  
Überdrehungen können sich gegenüber Super-Helden und Fantasten

**Ist meine Folgebahn mehr Arbeit?**  
Sobald keine es gibt, ist, wenn die Folgebahn in einem Unternehmen ist.

**Jan 1. Mai - Rudolf Kasper**  
Kasper im April des 1. Mai des 19. Jahrhunderts.

**Antiquarische Beschreibung der Bewegung**  
1911/12 von Rudolf Kasper.

**Rebellen**  
Kultur Rebellen

# abonnieren?

- Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler\_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name: .....

Adresse: .....

PLZ/Ort: ..... E-Mail: .....

Einsenden an:  
di schwarzi Chatz  
c/o FAU Bern  
Postfach 2368  
3001 Bern  
oder:  
zeitung@faubern.ch

Die Freie Arbeiter\_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

**KÄMPFERISCH:** Weil die Interessen der Arbeiter\*innen denjenigen der Kapitalist\*innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

**SELBSTBESTIMMT:** Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär\*innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

**SOLIDARISCH:** Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

**ANTI-KAPITALISTISCH:** Weil wir diejenigen sind, die alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

### Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

[info@faubern.ch](mailto:info@faubern.ch) oder  
[zeitung@faubern.ch](mailto:zeitung@faubern.ch)



# Kurzarbeit + Quarantäne

(Stand 1. Februar)

Kurzarbeit ist grundsätzlich ein Mittel, Entlassungen zu verhindern und wirtschaftlich schlechte Zeiten abzufedern. Mit der Corona-Pandemie hat dieses Mittel nochmals an Bedeutung gewonnen. Mit der zweiten Welle wird auch die Kurzarbeit nochmals wichtiger. Hier daher ein kurzes FAQ zur Kurzarbeit.

**Wichtig zu wissen: Ab September sind Arbeiter\*innen auf Abruf wieder berechtigt zu Kurzarbeitsentschädigung. Ab Januar sind auch befristete Verträge wieder berechtigt, gleiches gilt für Lehrlinge bei Betriebschliessung. Beides gilt voraussichtlich bis mindestens Ende März.**

Da danach aber unklar ist, wie es weitergeht, ist es besser, bei einer neuen Stelle darauf zu beharren, dass **ein festes Pensum vereinbart** wird. Versuche zudem wenn möglich einen unbefristeten Vertrag zu kriegen. Falls dies nicht möglich ist und es zu einer erneuten Einschränkung kommen sollte: **Du hast trotzdem Anspruch auf Lohnfortzahlung, auch wenn du keine Kurzarbeit kriegst. Melde dich am besten bei einer Gewerkschaft, da die Chef\*innen dies nicht immer so sehen.** Aber dafür ist es wichtig, dass du ein vereinbartes Stundenpensum hast.

**Ich wurde in Quarantäne gesteckt. Was ist mit meinem Lohn?**

Dein Lohn muss auch bei Quarantäne weiterhin bezahlt werden, jedoch auch wieder zu 80%. Dies gilt jedoch nur, falls du auf behördliche Anordnung in Quarantäne/Isolation musst. Bei freiwilliger Quarantäne hast du keinen Anspruch auf Lohn. Wenn Homeoffice möglich ist, hast du auch keinen Anspruch.

Die Zahlung wird unterschiedlich gehandhabt. Wo die Kurzarbeit greift, wird dies über die Kurzarbeit abgerechnet.

Die anderen bekommen ihr Geld von der Ausgleichskasse in Form von Erwerbsersatz. Weitere Infos und Anmeldung gibt es hier: <https://www.ahv-iv.ch/corona>.

Falls du zu Ferienzwecken in ein Gebiet reist, welches **bei der Abreise** auf der Quarantäneliste stand oder dies angekündigt wurde, verfällt dein Anspruch auf Lohn.

**Ich habe/hatte Ferien während Kurzarbeit, wie sieht es lohnmassig aus?**

Die Ferienfrage ist kompliziert. Grundsätzlich gilt, dass der Bezug von Ferien während der Kurzarbeit nur zu 80% entschädigt werden muss (bei Stundenlohn sowieso). Grundsätzlich wichtig ist immer der Bezugszeitpunkt der Ferien. Bei speziellen Fällen ist es gut, wenn du Kontakt mit uns aufnimmst.

**Ich habe 10 Ausfallstunden, mein\*er Kolleg\*in 10 Überstunden. Kriege ich jetzt 10 Stunden weniger ausbezahlt?**

Nein. Es stimmt nicht mehr, dass die 10 Überstunden den gesamtbetrieblichen Ausfallstunden abgezogen werden und somit auch nicht dem Betrieb ausbezahlt werden. Du kriegst deine 10 Ausfallstunden ausbezahlt, aber natürlich zu 80%.

**Wann kriege ich mehr als 80% Kurzarbeitsentschädigung?**

Wenn dein AHV-pflichtiger Bruttolohn inklusive 13. Monatslohn und Zulagen unter CHF 4340 liegt (für ein 100%-Pensum). Bis 3470 gibt es volle Entschädigung, danach anteilmässig (z.B. bei einem Lohn von 3990:  $3470:3990=87\%$  Kurzarbeitsentschädigung).

Weitere Infos findest du auf unserer Homepage ([faubern.ch](http://faubern.ch)):

## Impressum

di schwarzi chatz  
Quartiergasse 17  
Postfach 2368  
3001 Bern

Auflage: 200  
Konto: 30-276725-1

Erscheint 6 Mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

## Kontakt

di schwarzi chatz  
[zeitung@faubern.ch](mailto:zeitung@faubern.ch)  
FAU Bern - Syndikat aller Berufe  
[info@faubern.ch](mailto:info@faubern.ch)